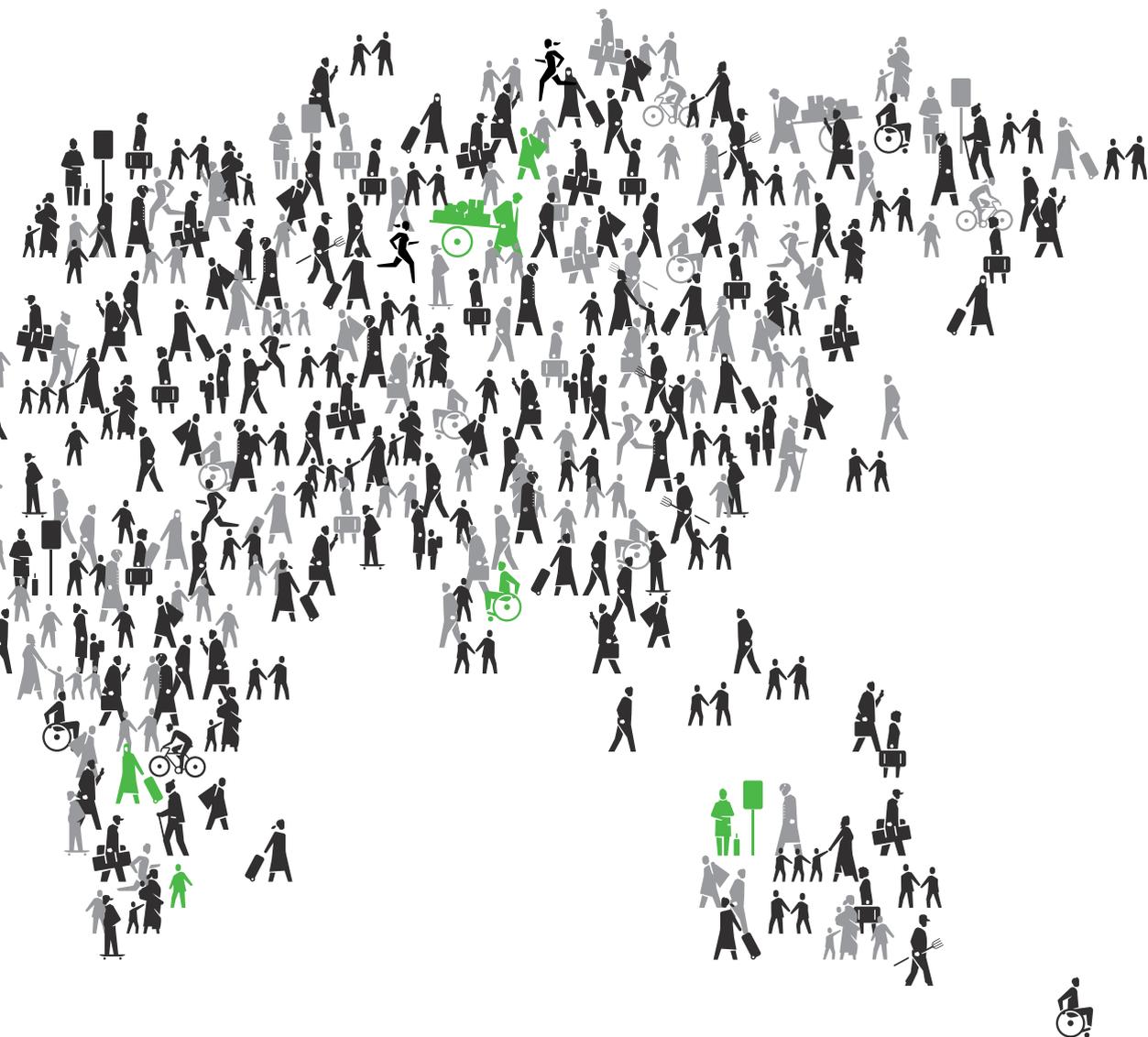


Dialogforen 2017

# People on the move – vorwärts, seitwärts, zurück?

## Positionen



**Münchener Rück  
Stiftung**  
Vom Wissen zum  
Handeln



## Inhalt

- |    |   |    |  |
|----|---|----|--|
| 1  | <b>Vorwort</b>  | 14 | <b>Jürgen Micksch</b><br>Wir schaffen das!           |
| 2  | <b>Sophia Wirsching</b><br>Flucht und Migration –<br>keine Besserung in Sicht           | 16 | <b>Claudia Stamm</b><br>Vielfalt statt Leitkultur    |
| 4  | <b>Prof. Petra Bendel</b><br>Todesfalle Mittelmeer                                      | 18 | <b>Prof. Jochen Oltmer</b><br>Vorsprung durch Wissen |
| 6  | <b>Matthias Oel</b><br>Nach der Krise<br>ist vor der Krise                              | 20 | <b>Marina Lessig</b><br>Große Ehre für ein Amt       |
| 8  | <b>Dr. Reiner Klingholz</b><br>Migration. Ja bitte!                                     | 22 | <b>Programm</b>                                      |
| 10 | <b>Ursula Gräfin Praschma</b><br>Mehr Tempo beim<br>Asylverfahren                       | 24 | <b>Impressum, Bildnachweis,<br/>Quellen</b>          |
| 12 | <b>Dr. Koko Warner</b><br>Klimamigration –<br>Fluchtursachen an der<br>Wurzel bekämpfen |    |  |

## Migration und Integration – Risiken und Chancen

Die große Flüchtlingswelle im Sommer 2015 hat uns alle unvorbereitet getroffen – in München, in Deutschland, ja in der gesamten EU. Nicht nur der Apell „Wir schaffen das“ von Angela Merkel hat für Furore und leidenschaftliche Debatten gesorgt, auch Ängste und Sorgen. Heute sehen wir klarer. Dennoch: Die Diskussion um Migration, Flucht und Integration wird lange nicht versiegen. Schon heute zeichnet sich ab, dass die globale Migration eher zu- als abnehmen wird. Denn Bevölkerungsdruck und Armut wachsen in zahlreichen Regionen der Erde, Umwelt- und Klimaänderungen werden Migration verursachen.

Die vorliegenden Positionen sind eine Zusammenfassung von wichtigsten Erkenntnissen und Zahlen, die wir im Rahmen unserer Dialogforen 2017 gewonnen haben. An sechs Abenden haben Experten mit der Öffentlichkeit diskutiert. In Kooperation mit dem Institut für Gesellschaftspolitik (IGP) an der Hochschule für Philosophie München und dem Strascheg Center for Entrepreneurship an der Hochschule München haben wir interessante Einblicke erhalten, die wir mit Ihnen teilen wollen.

Migration bietet mannigfache Chancen, wenn Integration gelingt. Die Dialogforen 2017 haben das gezeigt und wichtige Argumente geliefert.

Eine informative Lektüre wünscht Ihnen



Thomas Loster  
Münchener Rück Stiftung

## Flucht und Migration – keine Besserung in Sicht

Viele Menschen können nicht selbstbestimmt darüber entscheiden, wo sie ihr Leben verbringen wollen. Armut, Krieg oder Klimawandel zerstören ihre Existenzgrundlage, andere werden politisch verfolgt. „Der Großteil der Flüchtlinge ist im eigenen Land vertrieben, nur etwa 21 Millionen Menschen sind international unterwegs“, führte Sophia Wirsching von der Hilfsorganisation Brot für die Welt aus. Eine Besserung ist nicht in Sicht. „Die treibenden Kräfte für Migration werden in den kommenden Dekaden noch zunehmen und sich in ihrer Zusammensetzung von den heutigen unterscheiden“, sieht Petra Bendel von der Friedrich-Alexander-Universität. „Da kommt eine neue Herausforderung auf uns zu.“ Das Problem: Nach der Genfer Konvention erhalten nur Menschen internationalen Schutz, die aus Angst vor Verfolgung aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Rasse, Religion oder sozialen Gruppe ihr Land verlassen. Der Klima- und Armutsflüchtling ist dort gar nicht vorgesehen.

Das Rote Kreuz schätzte 2010 die Zahl der Klimavertriebenen auf fast 40 Millionen Menschen. Bis 2050 könnte die Zahl auf 200 Millionen steigen. Betroffen sind vor allem Menschen in den Entwicklungsländern. Erschwerend hinzu kommt das starke Bevölkerungswachstum – insbesondere in Asien und Westafrika –, so Reiner Klingholz. „Ein Hauptproblem ist, dass die Erwerbsbevölkerung stärker wächst als die Zahl der Arbeitsplätze, so dass junge Menschen keine Perspektiven für ihr Leben sehen“, analysierte der Vorstand des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Er hält es für möglich, dass sich die Einwohnerzahl in

einzelnen Ländern Afrikas und Westasiens in den kommenden Jahrzehnten verdreifacht, was erhebliche Probleme für die Versorgung der Menschen mit sich brächte.

Wir müssen uns wohl damit abfinden, dass Flüchtlingsbewegungen der Normalzustand unserer Zeit sind. Migration ist letztlich ein Spiegelbild der drängenden globalen Herausforderungen. Die internationale Staatengemeinschaft ist bisher nur begrenzt in der Lage, mit diesem Problem umzugehen. Die Politik muss das Bewusstsein für die Ursachen von Flucht und Vertreibung weiter schärfen und die Bevölkerung in den Aufnahmeländern für die vielfältigen Krisenherde sensibilisieren: „Es ist unsere Aufgabe, den Menschen klarzumachen, dass es nicht nur Kriegsflüchtlinge gibt. Auch wirtschaftliche Faktoren können die Existenz gefährden oder sogar die Lebensgrundlagen zerstören“, stellte Stefan Rebmann, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, klar.

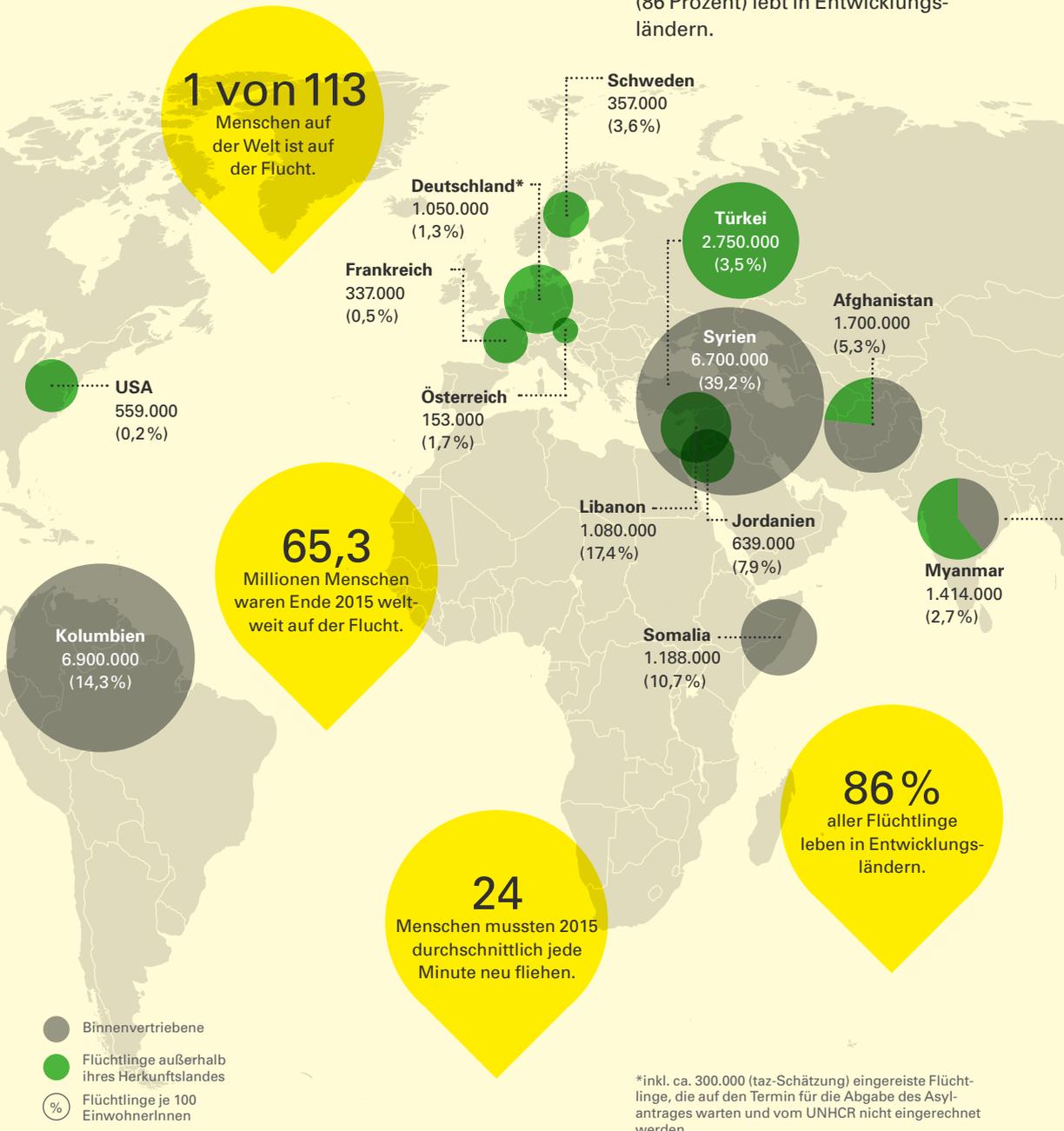


„Flucht ist Alltag: Von den rund 65 Millionen vertriebenen Menschen sind etwa 21 Millionen international unterwegs.“

Sophia Wirsching  
Referentin Migration und Entwicklung  
im Referat Menschenrechte und Frieden,  
Brot für die Welt

## Hotspots der Fluchtbewegung

Ende 2015 war einer von 113 Menschen weltweit auf der Flucht – entweder im eigenen Land oder über Grenzen hinweg. Ein Ländervergleich zeigt: Kolumbien führt die Liste der Binnenflüchtlinge in absoluten Zahlen mit 6,9 Millionen Menschen an, gefolgt von Syrien. Deutschland und Europa bekommen nur einen kleinen Teil der globalen Flüchtlingsbewegung zu spüren. Das Gros der Flüchtlinge (86 Prozent) lebt in Entwicklungsländern.



\*inkl. ca. 300.000 (taz-Schätzung) eingereiste Flüchtlinge, die auf den Termin für die Abgabe des Asyl-antrages warten und vom UNHCR nicht eingerechnet werden.

## Todesfalle Mittelmeer

Die Passage über das Mittelmeer ist die weltweit gefährlichste Route für Migranten. Laut Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen sind dort 2016 auf dem Weg nach Europa mehr als 5.000 Menschen ertrunken, so viele wie noch nie.

Die tatsächliche Zahl der Opfer dürfte nach Schätzung der Internationalen Organisation für Migration sogar noch viel höher liegen, da die Statistiken nur die offiziell registrierten Todesopfer wiedergeben. Viele Bootsunglücke bleiben unentdeckt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf von Seiten der EU. Das Argument einiger EU-Mitgliedsstaaten, dass Seenotrettung noch mehr Flüchtlinge anziehe, hält Petra Bendel für moralisch, politisch und rechtlich verwerflich. Zumal Abhilfe leicht geschaffen werden könnte: „Es liegen längst Vorschläge auf dem Tisch, wie man mehr legale und sichere Zugangswege schaffen kann“, sagte die Politikwissenschaftlerin. Auch Kilian Kleinschmidt sprach sich für ein Umdenken aus: „Wenn nur noch illegale Routen zur Verfügung stehen, machen wir Flüchtlinge von Schleppern abhängig.“ Der ehemalige Leiter des UNHCR-Flüchtlingslagers Zaatari in Jordanien forderte von Deutschland, Aufnahmekontingente für bestimmte Länder einzurichten und so legale Zuwanderung zu ermöglichen.

„Zu glauben, mit der Grenzschließung seien alle Probleme gelöst, erweist sich als Irrtum“, warnte auch Nizaqete Bislimi. Die Vorsitzende des Bundesverbandes der Roma ist selbst 1993 mit Fluchthelfern aus dem Kosovo nach Deutschland gekommen. „Wir treiben die Menschen ja geradezu in die Hände von Schleusern, wenn wir eine Grenze nach der anderen schließen und so die Möglichkeit versperrern, hier Antrag auf Asyl zu stellen“, beklagte sie.

„Ein System der Arbeitszuwanderung könnte Druck und Risiken von den Menschen nehmen“, ist die Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Christina Kamm, überzeugt. Damit würde man anerkennen, dass Flüchtlinge nicht nur wegen Verfolgung, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa kommen. Eine andere Möglichkeit, die aktuelle Situation zu entschärfen, zeigte Reiner Klingholz auf. „Wir können Schleppergeschäfte besser unterbinden, wenn wir Anträge auf Asyl bereits in Herkunftsländern zulassen“, ist der Vorstand des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung überzeugt. Für Sophia Wirsching von Brot für die Welt keine praktikable Lösung: „Wer soll in diesen Asylzentren entscheiden, in welches Land die Menschen umgesiedelt werden sollen?“, fragte sie. Fazit: Es ist und bleibt ein äußerst schwieriges Unterfangen, die Todesfalle Mittelmeer zu entschärfen.



**„Im Jahr 2016 sind mehr Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken als je zuvor.“**

Prof. Petra Bendel  
Akademische Direktorin des Zentralinstituts  
für Regionenforschung, Friedrich-Alexander-  
Universität Erlangen-Nürnberg

## In höchster Seenot

Von den etwa 360.000 Flüchtlingen, die 2016 von Nordafrika nach Europa kamen, ertranken fast 5.000 im Mittelmeer. Zum Vergleich: Insgesamt kamen im vergangenen Jahr weltweit 6.226 Menschen auf der Flucht ums Leben oder werden vermisst. Die Route über das Mittelmeer bleibt gefährlich: Im ersten Halbjahr 2017 starben laut Amnesty International bereits mehr als 2.000 Menschen im zentralen Mittelmeer zwischen Libyen und Italien.

Neuankömmlinge  
in 2016:

**358.403**

Todesfälle im Mittelmeer  
in 2016:

**4.913**

Spanien

5.445



69 Tote

Italien

179.525



4.410 Tote

173.244



Griechenland



434 Tote

189



Zypern

## Nach der Krise ist vor der Krise

Die große Flüchtlingswelle im Sommer 2015 hat die EU unvorbereitet getroffen. Auch wenn die Asylanträge inzwischen weniger werden, ist die Flüchtlingskrise längst nicht überwunden. „Für die EU geht es um die Frage, ob sich die Gemeinschaft innenpolitisch stärker integrieren oder zu einem multipolaren System zurückentwickeln wird“, erklärte der Migrationsbeauftragte der EU-Kommission Matthias Oel. Knackpunkte sind neben dem Schutz der Außengrenzen und der konsequenten Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern eine faire Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitglieder. Die Staaten an den Außengrenzen fühlen sich nach wie vor alleingelassen. Es fehlt an Solidarität der meisten EU-Länder mit Griechenland und Italien.

Um den Zuzug zu begrenzen, hat die EU 2016 ein Abkommen mit der Türkei geschlossen und eine engere Zusammenarbeit mit Libyen vereinbart. Ein Vorgehen, das nicht überall Zustimmung findet. „Wir müssen sogenannte sichere Herkunftsländer einem Menschenrechtscheck unterziehen und über konsequentes Monitoring die Standards für die Unterbringung von Migranten verbessern“, forderte die Politikwissenschaftlerin Petra Bendel. In Libyen etwa sei beides nicht gewährleistet. Wichtig sei zudem, die Fluchtursachen an der Wurzel zu bekämpfen. Hier könne die Migrationspolitik alleine wenig ausrichten, sondern müsse eng mit der Außen- und Entwicklungspolitik und mit der Friedens- und Konfliktforschung zusammenarbeiten.

Erfolgreiche Migrationspolitik kennt viele Herausforderungen. Schwierig ist etwa auch der Umgang mit potenziellen Gefährdern im Asylprozess.

„Namen, Daten und Fingerabdrücke werden mit den Datenbanken der deutschen Sicherheitsbehörden abgeglichen“, beruhigte Ursula Gräfin Praschma vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Außerdem arbeite das Bundesamt mit dem Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum von Bund und Ländern zusammen. Künftig sollen Angaben der Asylbewerber verstärkt mit technologischen Hilfsmitteln auf ihre Plausibilität überprüft werden. „Früher litten wir darunter, dass wir zu wenig wussten. Heute stehen wir in Zeiten des Internets vor dem Problem, welche Informationen wir auswählen und welchen Angaben wir Glauben schenken“, ergänzte Gräfin Praschma.

Brüssel und ein Großteil der EU-Mitgliedsstaaten sind bemüht, die Flüchtlinge geordnet zu verteilen und gut unterzubringen. Ob dieses Bemühen ausreicht, wird sich zeigen. Denn der Druck ist groß, schnelle Fortschritte zu erzielen.



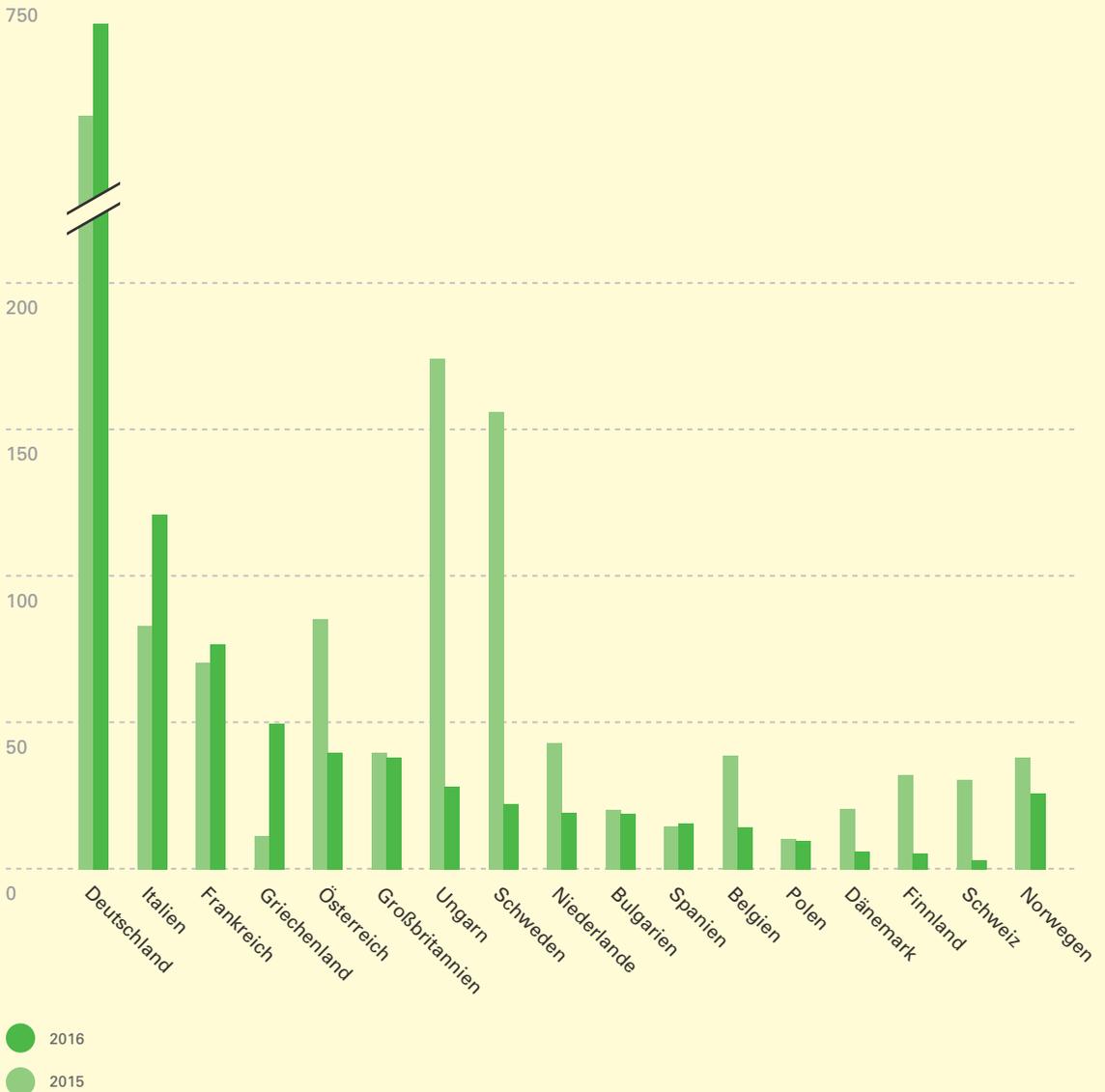
**„Migration wird auf absehbare Zeit eine der größten Herausforderungen für die EU bleiben.“**

Matthias Oel  
Direktor „Migrations- und Sicherheitsfonds“,  
Generaldirektion Migration und Inneres in  
der EU-Kommission

## Abschottung statt Solidarität

Im Jahr 2016 beantragten mehr als 1,2 Millionen Menschen erstmals Asyl in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Das waren etwas weniger als 2015, aber fast doppelt so viele wie 2014. Deutschland nahm 60 Prozent der Asylsuchenden auf, gefolgt von Italien (10 Prozent) und Frankreich (6 Prozent). In Ländern, in denen die Regierungen einen strikten Anti-Flüchtlings-Kurs verfolgen, sind die Asylzahlen deutlich rückläufig. Das sorgt für Streit innerhalb der EU.

Erstmalige Asylbewerber aus Drittstaaten  
(in Tausend)



# Migration. Ja bitte!

Seit den 1970er-Jahren gibt es in Deutschland mehr Todesfälle als Geburten. „Wenn ab der Jahrtausendwende keine Einwanderer zu uns gekommen wären, hätten wir heute deutlich weniger als 80 Millionen Einwohner“, so Reiner Klingholz vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Diese Zahl würde bis zum Jahr 2100 sogar auf 30 Millionen schrumpfen.

Dennoch stoßen Zuwanderer in Deutschland zunehmend auf Ablehnung. Dabei sind die migrationsbedingten Probleme bei uns vergleichsweise überschaubar. „Afrikanische Länder wie der Sudan, Nigeria oder Kongo müssen derzeit die größte Zahl an Flüchtlingen beherbergen“, erläuterte Klingholz. Eine Erklärung für die wachsende Ablehnung hierzulande lieferte der Experte gleich nach: „Unsere Ängste entstehen dadurch, dass wir auf einem extrem hohen Wohlstands- und Sicherheitsniveau leben und dadurch mehr zu verlieren haben.“

Dabei sollten wir den Umgang mit Migranten eigentlich gewöhnt sein. „Deutschland ist seit Jahrhunderten durch Zuwanderung geprägt, seit 1945 verfügen wir über vielfältige Integrationserfahrungen“, hob der Soziologe Jürgen Micksch hervor. Zwar habe es immer wieder Krisen im Miteinander gegeben, etwa beim Umgang mit den Gastarbeitern in den 1960er und 70er-Jahren. Sie wurden aber durch gemeinsames gesellschaftliches Engagement erfolgreich überwunden. Derzeit gibt es allerdings eine andere alarmierende Entwicklung: „Die jeweils etwa 1.000 Angriffe auf Flüchtlingsheime mit Verletzten in den vergangenen zwei Jahren dürfen uns nicht zur Ruhe kommen lassen“, forderte Micksch.

Kilian Kleinschmidt plädiert dafür, dass sich Deutschland und die EU mehr als Einwanderungsländer begreifen. Als Vorbild könnte Kanada dienen, das einen eigenen Immigrationsminister hat. Durch eine grundlegende Umstellung der Anwerbe- und Integrationspraxis wurde die Einwanderungspolitik dort zu einem zentralen Bestandteil der Wirtschafts- und Sozialpolitik. „Wenn wir diesen Weg einschlagen, würden wir rauskommen aus dem engstirnigen Denken, das die Menschen teilweise dazu zwingt, das Asylrecht zu missbrauchen, weil es ihre einzige Chance ist“, meint der frühere Leiter des UNHCR-Flüchtlingslagers Zaatari in Jordanien.

Migration hat auch viele positive Effekte. Je schneller wir Integrationsmöglichkeiten schaffen, desto besser wird die Einbindung in die Gesellschaft gelingen.



**„Deutschlands Bevölkerung schrumpft. Die Frage ist nicht Zuwanderung ja oder nein, sondern wie wir damit umgehen.“**

Dr. Reiner Klingholz  
Vorstand des Berlin-Instituts für Bevölkerung  
und Entwicklung

## Deutschland schrumpft

### Bevölkerung 2060

nach unterschiedlichen Zuwanderungsszenarien\*

Ohne Einwanderung kämen auf Deutschland schwere Zeiten zu. Der demographische Wandel würde nicht nur zu einem Mangel an Arbeitskräften führen, auch die Sozialsysteme stünden vor gravierenden Herausforderungen. Geht man von einer annähernd gleichbleibenden Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau und einer moderaten Erhöhung der Lebenserwartung aus, würde die Zahl der Gesamtbevölkerung bis 2060 im Extremfall auf etwa 60 Millionen Menschen schrumpfen – wobei nur ein Viertel davon unter 30 Jahre alt wäre.

#### Szenario 1



Jährliche Nettozuwanderung von

**300.000  
Personen**

**77,8 Mio.  
Einwohner**

#### Szenario 2



Jährliche Nettozuwanderung von

**200.000  
Personen**

**73,1 Mio.  
Einwohner**

#### Szenario 3



Jährliche Nettozuwanderung von

**100.000  
Personen**

**67,6 Mio.  
Einwohner**

#### Szenario 4

Jährliche Nettozuwanderung von

**0 Personen**

**60,2 Mio.  
Einwohner**

\* Bei einer Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau sowie einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 84,8 Jahren bei Männern bzw. 88,8 Jahren bei Frauen

## Mehr Tempo beim Asylverfahren

Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise im Sommer 2015 kamen jeden Tag bis zu 14.000 Menschen nach Deutschland, vor allem über Bayern. „Sie mussten versorgt und rasch auf andere Bundesländer verteilt werden“, erläuterte Ministerialdirektor Markus Gruber. Der Aufbau neuer Asyl-Außenstellen sowie weiterer Entscheidungs- und Ankunftszentren mit mehr Personal hat viele anfängliche Probleme gelöst. „Bei neuen Asylanträgen ist die Dauer bis zur Entscheidung auf unter drei Monate gesunken, die Zahl der anhängigen Verfahren ist von fast 600.000 auf rund 400.000 zurückgegangen“, berichtete Ursula Gräfin Praschma vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Man sei jetzt in der Lage, sich effizient und schnell um die Neuzugänge zu kümmern.

Den Kern des sogenannten integrierten Flüchtlingsmanagements bilden die Ankunftszentren, in denen viele – bisher auf mehrere Stationen verteilte – Schritte im Asylverfahren verzahnt und gebündelt werden. Gewöhnliche Verfahren werden dort mittlerweile innerhalb von zwei Tagen entschieden. Schon bei der Ankunft kann man sich für einen Sprachkurs anmelden. Auf dem Gelände befindet sich zudem eine Zweigniederlassung der Bundesagentur für Arbeit. „Dadurch ist es möglich, rasch erste Schritte zur Integration einzuleiten“, erklärte Gräfin Praschma.

„Schnellere Abwicklung“, das wünscht sich auch die Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen Christina Kamm: „Es tut mir in der Seele weh, dass Flüchtlinge so lange auf die Wartebank gesetzt werden, bis das Asylverfahren durch ist.“ Zugleich kritisierte sie, dass Anträge aus dem Jahr 2015 wegen der Überlastung des Bundesamts immer noch nicht

entschieden sind. „Die betroffenen Menschen leben in ständiger Angst vor Abschiebung, selbst wenn sie sich bereits gut eingegliedert haben.“

Auch in den neuen großen Erstaufnahmezentren läuft längst nicht alles rund. „Ehrenamtliche Mitarbeiter erhalten nicht immer Zutritt, um Beratungen oder Sprachkurse anzubieten“, berichtete Christian Stegmüller. Er ist politischer Referent der Münchner SchlaU-Schule, die sich um die Ausbildung junger Geflüchteter kümmert. So komme es an bestimmten Orten zur Überbetreuung von einzelnen Flüchtlingen, während andere kaum Hilfe erhielten. „Wichtig wäre es außerdem, mehr Begegnungsräume zu schaffen – wie sie etwa die Caritas oder das Münchener Wohn- und Kulturzentrum Bellevue de Monaco schon zur Verfügung stellen“, sagte Stegmüller. Dort können sich Migranten und Einheimische treffen und aufeinander zugehen. Ängste und Vorurteile werden auf beiden Seiten abgebaut, neue Freundschaften geschlossen. So wird Integration gelebt.

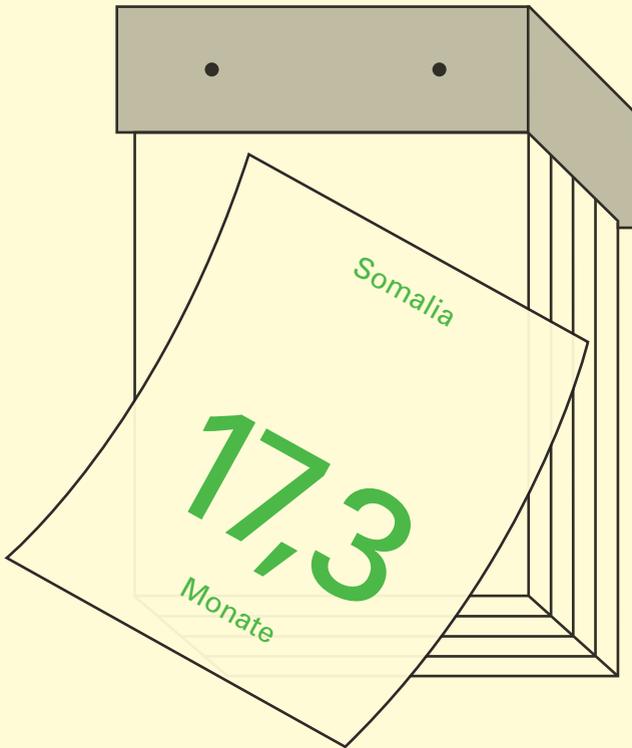


**„Integriertes Flüchtlingsmanagement ist entscheidend.“**

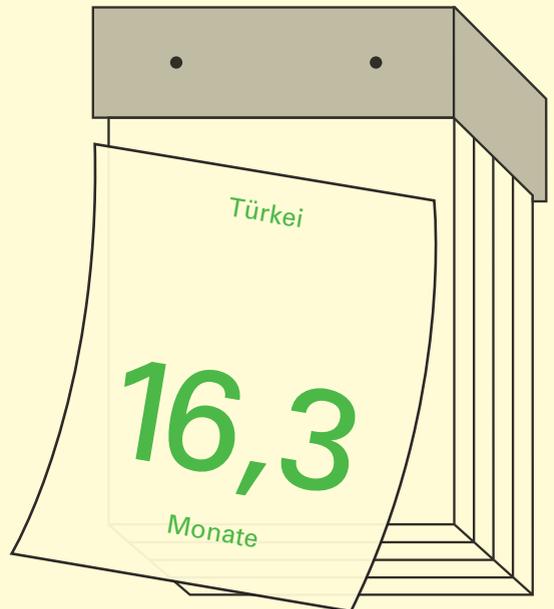
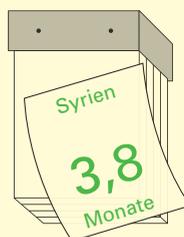
Ursula Gräfin Praschma  
Abteilungspräsidentin „Internationale Aufgaben, Grundlagen Asylverfahren und Migration“, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

## Auf der Wartebank

Durchschnittlich vergehen sieben Monate vom Zeitpunkt der Antragstellung bis zum Asylbescheid. Bei manchen Herkunftsländern dauert das Verfahren aber auch deutlich länger. Hinzu kommt eine Wartezeit von im Schnitt knapp sechs Monaten, bis überhaupt ein Asylantrag gestellt werden kann. Die Folgen sind nicht nur quälende Unsicherheit für die Betroffenen. Es geht auch viel Zeit verloren, die für die Integration der Neuankömmlinge genutzt werden könnte.



Hier dargestellt sind Durchschnittswerte der Dauer eines Asylverfahrens in 2016.



## Klimamigration – Fluchtursachen an der Wurzel bekämpfen

Weltweit sind mehr Menschen aufgrund von Umwelt- und Klimaveränderungen auf der Flucht, als aus anderen Gründen. „Wie sich der Klimawandel langfristig auswirken wird, darüber besteht noch große Unsicherheit“, räumte die Klima- und Migrationsexpertin Koko Warner ein. Klar sei jedoch, dass durch Dürren und Überschwemmungen ganze Landstriche unbewohnbar werden und sich viele Menschen in sichere Gebiete aufmachen werden. Im Gegensatz zu Kriegsflüchtlingen können Klimaflüchtlinge oft nicht mehr in ihr Land zurück, sie verlieren es für immer. „Wir stehen vor schwierigen Entscheidungen“, stellte Warner klar. Die heute übliche Krisenorientierung bringe oft nur kurzfristige Lösungen. Diese greifen bei Klimamigration nicht. Stattdessen plädiert die Expertin dafür, die Resilienz der Menschen zu stärken. „Mit mehr Widerstandskraft können die Betroffenen die Belastungen aufgrund von Konflikten oder Naturereignissen besser bewältigen.“

„Wir brauchen einen Plan B für den Fall, dass wir das angestrebte Ziel von maximal zwei Grad Erderwärmung verfehlen“, ergänzte Frank Biermann von der Utrecht University. Er schlägt vor, dass sich Politik und Wissenschaft stärker mit dem Thema Anpassung an den Klimawandel auseinandersetzen. Dazu benötigt man eine globale Strategie und eine neue Art der internationalen Zusammenarbeit. Weil Klimaflüchtlinge nicht unter den Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention fallen, müssen zudem passende Governance-Strukturen aufgebaut werden. Sie müssen festlegen, wie man mit den betroffenen Menschen umgeht und wer dafür bezahlt.

„Die Umweltpolitik muss sich darauf konzentrieren, den Klimawandel möglichst zu bremsen. Der Migrationspolitik kommt die Aufgabe zu, mit den Folgen des Klimawandels umzugehen“, präzisierte Stefan Rebmann, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Die Vereinten Nationen haben sich 2015 dazu auf 17 Nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs) geeinigt, für deren Umsetzung man entsprechende finanzielle Mittel benötige. Gleiches gilt für Klimafonds oder Versicherungslösungen. „Wie schaffen wir es, die Industrieländer dazu zu bewegen, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen?“, fragte er. Sein Fazit: „Wir brauchen ein gesellschaftliches und politisches Umdenken, wie wir Politik gestalten und wie wir gegenüber Entwicklungsländern auftreten.“ Das bedeutet: weg von der klassischen paternalistischen Entwicklungshilfe hin zur einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

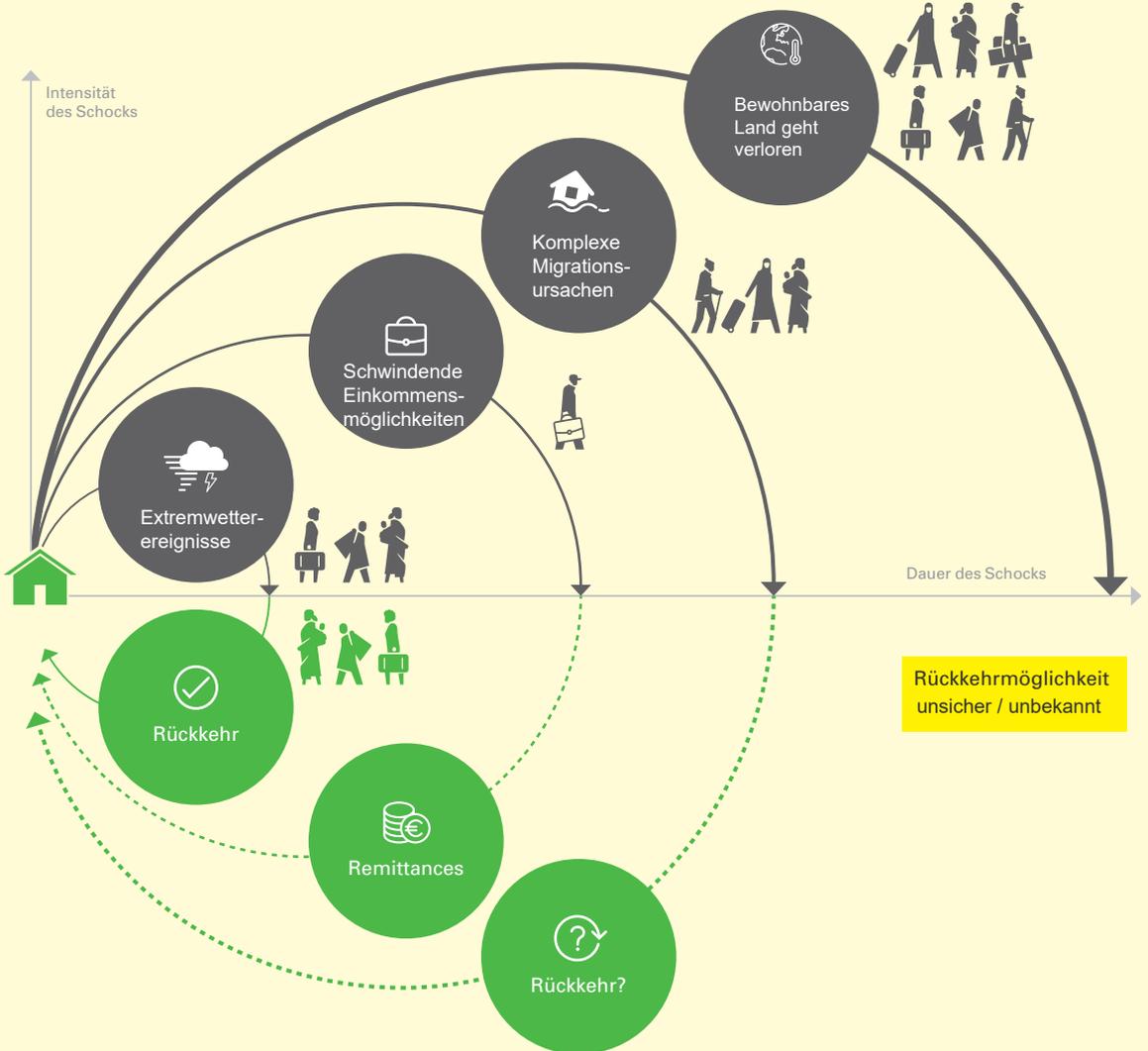


**„Risikomanagement muss die Resilienz der Menschen stärken und darf nicht nur auf kurzfristige, krisenorientierte Lösungen abzielen.“**

Dr. Koko Warner  
Klima- und Migrationsexpertin, UNFCCC,  
Klimasekretariat der Vereinten Nationen

## Klimawandel und Wanderungsbewegungen

Klimatische Änderungen können zu verschiedenen Wanderungsbewegungen führen. Kurze, heftige Ereignisse, wie Stürme und Fluten, gefährden die Bewohner und ihr Hab und Gut in einem bestimmten Zeitraum. Ist die Gefahr gebannt, kehren die Menschen in der Regel zurück in ihre Heimat (Muster 1). Umweltveränderungen können jedoch auch zu erschwerten Arbeitsbedingungen führen (z.B. Bau, Landwirtschaft). Ausbleibende Regenfälle etwa oder Extremtemperaturen können Nahrungsmittelproduktion und die landwirtschaftlichen Lebensgrundlagen gefährden. In diesem Fall verlassen viele Menschen periodisch und über längere Zeiträume ihre Heimat, um andernorts Arbeit zu finden. Geldrücküberweisungen (remittances) helfen den Familien, die nicht mitkommen (Muster 2). In manchen Regionen treffen klimatische Stressoren auf bereits bestehende Konflikte. In diesem Fall ergibt sich eine komplexe Gemengelage, die Menschen in die Flucht zwingt. Sie werden nur zurückkehren, wenn das komplexe Risiko deutlich reduziert ist. Das kann auch Jahre dauern (Muster 3). Zunehmend beobachten wir auch, dass Land ganz verloren geht oder nach derzeitigen Maßstäben unbewohnbar wird. Sei es durch Wüstenbildung, zu hohe Extremtemperaturen, Erosion oder den Meeresspiegelanstieg. Nach heutigem Kenntnisstand ist eine Rückkehrproption unklar. Hier gibt es jedoch bis dato in der Empirie noch zu wenige Erfahrungswerte, um definitive Aussagen treffen zu können.



## Wir schaffen das!

Die mangelnde Solidarität unter den EU-Staaten bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise hat zu politischen Differenzen geführt. Weil man sich nicht auf ein einheitliches Vorgehen einigen konnte, entstand ein Vertrauensverlust in die Kontroll- und Steuerungsfähigkeit der politischen Institutionen in Brüssel wie auch in Berlin. „Das derzeitige Asylverfahren ist womöglich kontraproduktiv“, glaubt Petra Bendel, die an der Friedrich-Alexander-Universität das Zentralinstitut für Regionenforschung leitet. Es zeichne sich eine Art Wettbewerb in den Standards nach unten ab, in der jedes Land möglichst unattraktiv für Flüchtlinge wirken will.

Dass sich Deutschland nicht an diesem Wettbewerb beteiligt hat, lobte die Abgeordnete des bayerischen Landtags Claudia Stamm: „Es war richtig von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Sommer 2015 zu sagen, wir öffnen jetzt die Grenzen.“ Denn die Alternative wäre gewesen zuzusehen, wie Menschen verdursten oder verhungern. Allerdings, so Stamm, hätte Merkel ihr Credo „Wir schaffen das“ auch mit entsprechenden Aktionen belegen müssen. „Krisen im Zusammenleben hat es immer wieder gegeben und wurden überwunden“, ist Jürgen Micksch, Soziologe, Theologe und Mitbegründer von PRO ASYL überzeugt. Wie sehr sich gesellschaftliches und staatliches Engagement lohne, zeigen die insgesamt positiven Veränderungen etwa in Bezug auf den Antisemitismus in Deutschland.

Die aktuelle Situation in Deutschland bereitet allerdings vielerorts Sorgen: Laut einer in 2016 erstellten Studie des GfK-Vereins Nürnberg betrachten 83 Prozent aller Deutschen Zuwanderung

und Integration als größte Herausforderung für das Land. Im Vergleich zu 2015 hat sich der Wert mehr als verdoppelt. Nicht einig waren sich die Befragten jedoch, wie sich die anstehenden Probleme lösen lassen. Eine Gesellschaft darf ganz zu Recht fordern, dass gewisse Grundwerte, wie etwa die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder die Trennung von Staat und Religion, eingehalten werden.

Gesellschaft und Politik stehen in der Pflicht, langfristig tragfähige Antworten zu entwickeln. Jürgen Micksch zeigte sich verhalten optimistisch: „Debatten um Integration gab es schon immer, auch bei den Gastarbeitern in Deutschland in den 60er-, 70er und 80er-Jahren. Am Ende hat es meist geklappt. Wir können es auch jetzt schaffen, wenn wir es gemeinsam anpacken!“



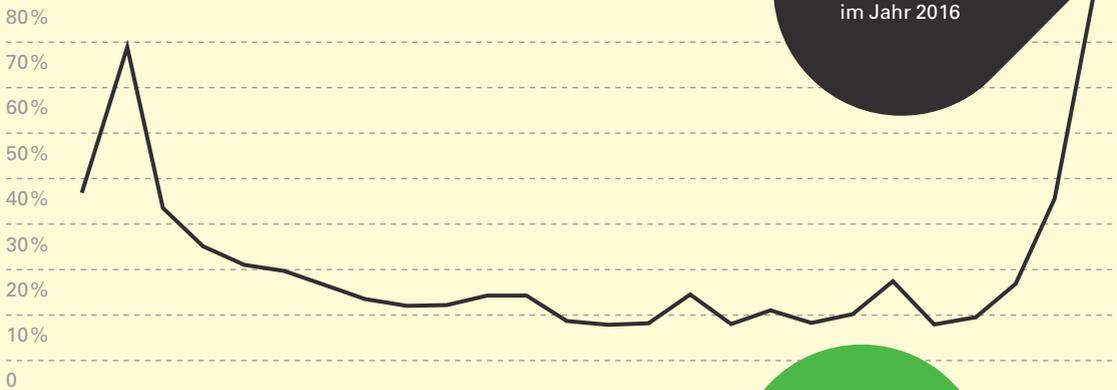
**„Krisen im Zusammenleben hat es immer gegeben. Am Ende hat es doch meistens geklappt.“**

Jürgen Micksch  
Soziologe, Theologe und Mitbegründer von  
PRO ASYL

## Wachsende Sorgen

Das Thema Zuwanderung bewegt die Deutschen wie kein anderes: Etwa vier von fünf Bundesbürgern halten Zuwanderung und Integration für eine der am dringendsten zu lösenden Aufgaben im Land. Das sind 48 Prozent mehr als noch 2015. Dieser sprunghafte Anstieg ist nachvollziehbar: Der Wanderungssaldo erreichte zuletzt mit 1,14 Millionen Menschen den höchsten jemals gemessenen Wert in Deutschland.

Sorge um Zuwanderung/  
Integration in Prozent



Wanderungssaldo in Tausend\*  
Differenz zwischen Zu- und Abwanderung in  
Deutschland



## Vielfalt statt Leitkultur

Die Integration der ständig in Deutschland lebenden Zuwanderer zu fördern, ist eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben, schreibt das Bundesinnenministerium auf seiner Webseite. Doch wie diese Aufgabe mit Leben gefüllt werden soll, daran scheiden sich die Geister. „Das von der bayerischen Staatsregierung beschlossene Integrationsgesetz ist wenig tauglich, um das Miteinander von Einheimischen und Migranten zu fördern. Es atmet Misstrauen und verlangt von den Menschen unter Strafe, dass sie Deutschkurse belegen“, kritisierte die Landtagsabgeordnete Claudia Stamm. Zudem werde auf eine Leitkultur abgestellt, von der nicht einmal klar sei, was damit gemeint ist.

Um die Integrationsdebatte voranzubringen, ist es hilfreich, den Blickwinkel zu verändern. „Integration findet Schritt für Schritt auf unterschiedlichen Ebenen statt, jeder integriert sich ständig irgendwo“, machte der Migrationsforscher Jochen Oltmer von der Universität Osnabrück deutlich. Ein Ziel könnte sein, Chancengleichheit herzustellen, um die uneingeschränkte Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. „Es lässt sich nicht so pauschal beantworten, wo die Politik ansetzen soll und kann“, meinte er. Und da der Prozess zur Chancengleichheit über Jahrzehnte und nicht linear verläuft, sondern in Schüben und Brüchen, nimmt die Komplexität zu. „Wer Teilhabe als Ziel formuliert, muss die Handlungsmacht der Betroffenen erhöhen, damit die Chancen auch erstritten und erkämpft werden können“, forderte Oltmer.

Neue Sichtweisen eröffnen sich auch, wenn man den Begriff Vielfalt mit Integration verbindet, ist der Soziologe Jürgen Micksch überzeugt.

„Mit dem Gedanken an ein Zusammenleben in Vielfalt akzeptiert man die Unterschiede und besinnt sich auf die verbindenden Werte.“ Es komme auf das richtige Verhältnis von Gemeinsamkeiten und Vielfalt an, das immer wieder neu austariert werden müsse. „Aber nicht mit Begriffen wie Leitkultur“, rügte er. Um Vorbehalte abzubauen, sei Wandel durch Kontakte ein gutes Konzept, glaubt Micksch. Denn wo Menschen in direkten Kontakt treten, verbessert sich auch das Miteinander.

Klar sollte aber sein, dass das Zueinanderfinden nicht über Nacht funktioniert. Christian Stegmüller, politischer Referent der SchlaU-Schule, warnt vor übertriebenen Erwartungen bezüglich des Tempos: „Ich habe manchmal das Gefühl, dass da eine Hysterie entsteht, die Migranten müssten möglichst schnell integriert werden. Man sollte lieber einmal auf die Bremse treten, die Leute ankommen lassen. Das ist ein Projekt, das zehn bis 20 Jahre dauern wird,“ resümierte er.

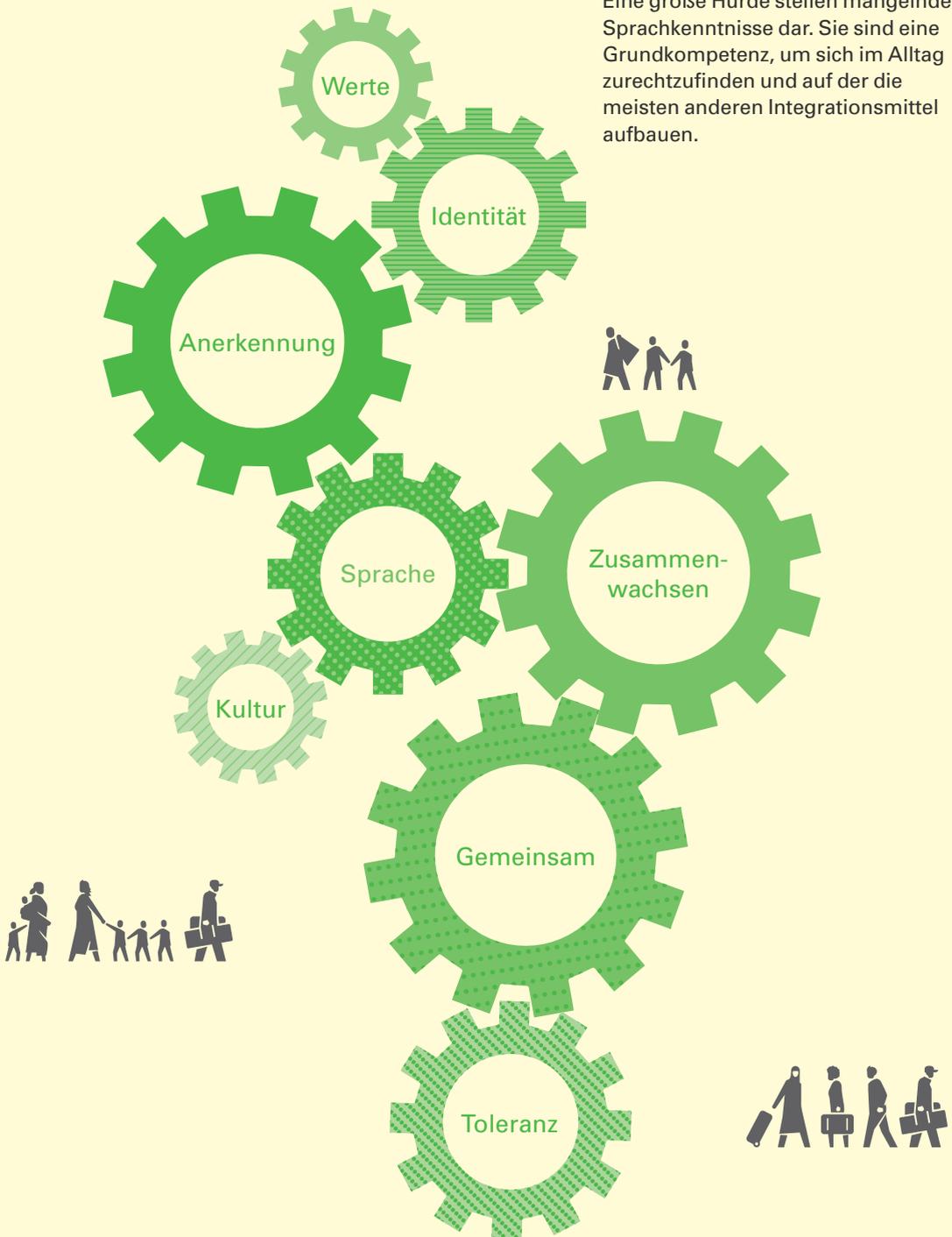


„Integration ist keine Einbahnstraße, sondern ein gegenseitiger Prozess.“

Claudia Stamm  
Mitglied des Bayerischen Landtags

## Ein Rädchen greift ins andere

Integration funktioniert dann am besten, wenn wir sie als vielschichtigen Prozess begreifen. Das aufeinander Zugehen erfordert Toleranz sowie die Anerkennung der jeweils anderen Identität, der anderen Werte und des kulturellen Hintergrunds. Eine große Hürde stellen mangelnde Sprachkenntnisse dar. Sie sind eine Grundkompetenz, um sich im Alltag zurechtzufinden und auf der die meisten anderen Integrationsmittel aufbauen.



## Vorsprung durch Wissen

Deutschland ist ein Einwanderungsland, wie die Zuwanderungszahlen seit Gründung der Bundesrepublik zeigen. Dem Bildungssystem kommt bei der Integration eine zentrale Rolle zu. „Über die Jahrzehnte hat der Bildungsbereich an Stellenwert gewonnen“, beschreibt der Migrationsforscher Jochen Oltmer die Situation. Bildung ist heute der Schlüssel für Teilhabe am wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Sie schafft bessere Kontakt- und Vernetzungsmöglichkeiten und sorgt dafür, dass Teilhabe und der Zugang zu Erwerbsmöglichkeiten schneller erreicht werden.

Allerdings muss noch einiges verbessert werden. „Unser bisheriges System war nicht geeignet, um minderjährige Flüchtlinge, die teilweise als Analphabeten zu uns kommen, nahtlos zu integrieren“, räumte die Landtagsabgeordnete Christina Kamm ein. Der Staat müsse gerade selber lernen, wie er den Bildungsbereich an die veränderte Situation anpasse. So wurden in einem ersten Schritt an vielen Berufsschulen spezielle Integrationsklassen eingerichtet.

Viele dieser neuen Schulmodelle wären ohne das Engagement von ehrenamtlichen Helfern nicht möglich. Ein Pionier in diesem Bereich ist die SchlaU-Schule München, die seit 17 Jahren Flüchtlingen die deutsche Sprache vermittelt. Leider mangelt es an qualifizierten Deutschlehrern. „Staatliche Integrationskurse suchen händeringend nach Lehrern und sind inzwischen dazu übergegangen, die fachlichen Ansprüche nach unten zu korrigieren“, beklagte Christian Stegmüller, der als politischer Referent für die SchlaU-Schule arbeitet.

Es ist unbestritten, dass im Bildungsbereich zusätzliche Aufgaben und Ausgaben auf uns zukommen werden. Allerdings, so die Landtagsabgeordnete Claudia Stamm, dürfe man sich nicht alleine an den Kosten orientieren, sondern müsse auch die Menschen und deren Potenzial sehen.

Manchmal sind es nicht knappe Mittel, sondern zähe Prozesse in der Verwaltung, die neue Projekte ausbremsen. „Wenn unterschiedliche Referate bei der Flüchtlingshilfe zusammenarbeiten und niemand eine Entscheidung treffen möchte, dann erleben wir Situationen wie in München, wo von 80 Plätzen einer berufsfördernden Maßnahme nur drei besetzt sind“, monierte Flüchtlingshelferin Marina Lessig. Bildung ist und bleibt der Schlüssel, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Dafür müssen wir uns engagieren.



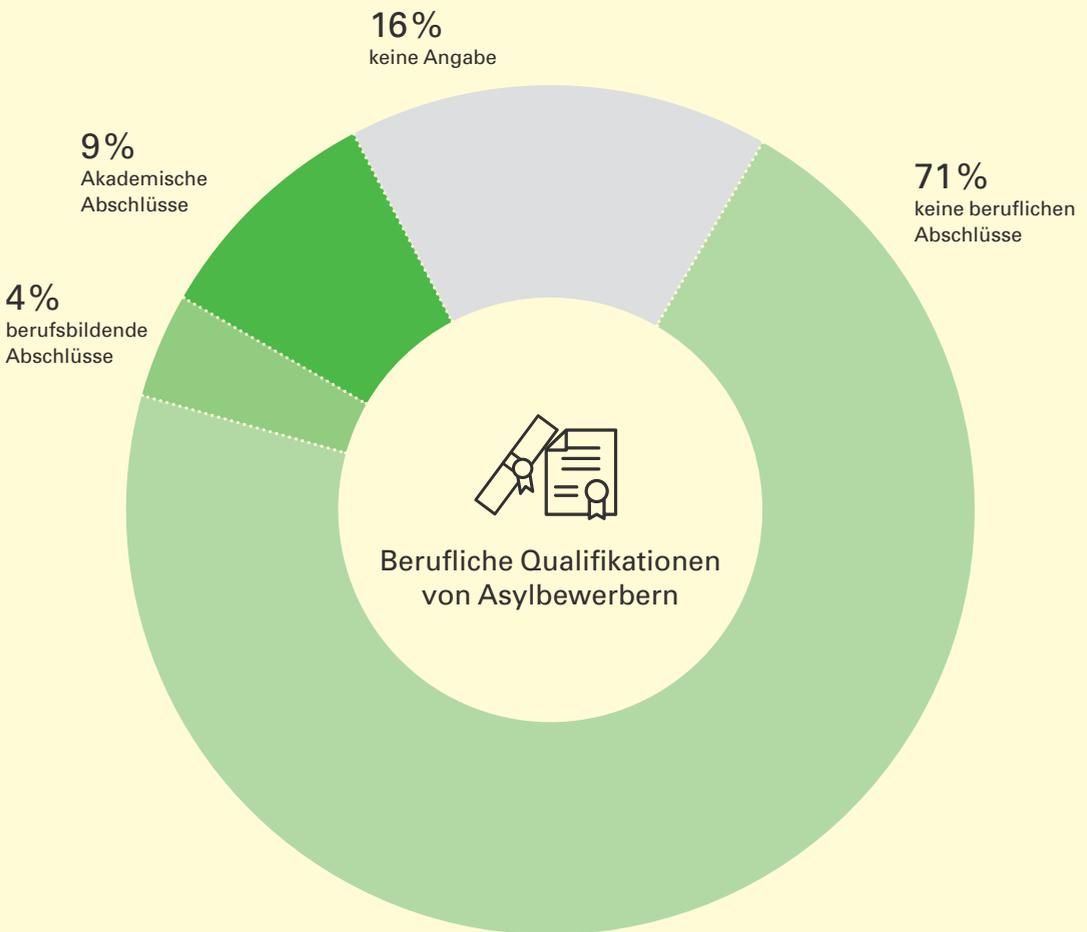
**„Bildung ist der zentrale Schlüssel für Teilhabe.“**

Prof. Jochen Oltmer  
Professor am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien,  
Universität Osnabrück

## Schlechte Karten bei der Jobsuche

Laut einer Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) haben 71 Prozent der als arbeitssuchend registrierten Asylbewerber keine formale Berufsausbildung. Der hohe Wert unter den Flüchtlingen geht laut IAB darauf zurück, dass in den Herkunftsländern kein duales Ausbildungssystem wie in Deutschland existiert. Nachqualifikationen, aber auch eine neue „Anerkennungskultur der Qualifikationen“ sind dringend nötig.

Arbeitssuchende, 07/2016



# Große Ehre für ein Amt

Deutschland hat in der Flüchtlingskrise Haltung gezeigt und hunderttausende Menschen in Not aufgenommen.

Dass dieser Kraftakt gelungen ist, war nicht zuletzt der immensen Hilfsbereitschaft und dem Engagement unzähliger ehrenamtlicher Helfer zu verdanken. Dabei hat sich die Arbeit der Ehrenamtlichen in den vergangenen zwei Jahren stark verändert, wie Marina Lessig ausführte: „Die unmittelbare Versorgung der Menschen ist einer individuellen und themenspezifischen Hilfe gewichen“, sagte die Vorsitzende des Vereins Münchner Freiwillige – Wir helfen e.V. Zunehmend gefragt seien Allrounder, die möglichst über alles Bescheid wissen.

Damit aus freiwilligem Engagement nicht Überforderung und Enttäuschung werden, benötigen die ehrenamtlichen Mitarbeiter und Initiativen oft selbst Unterstützung. Hinzu kommt: „Das Ehrenamt dient häufig als Lückenbüßer, weil es an entsprechenden hauptberuflichen Kräften fehlt,“ kritisierte die Landtagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Christina Kamm. Hier sei die Politik gefordert, den freiwilligen Helfern professionelles Personal an die Seite zu stellen.

Der bisweilen geäußerten Meinung, dass Flüchtlingshilfe ein mitleidsgetriebener Streichelzoo sei, trat Lessig entschieden entgegen: „Ich vertrete die Ansicht, dass die Flüchtlingshilfe eine zutiefst politische Bewegung der Zivilbevölkerung ist.“ Sie biete die Möglichkeit, sich für Werte wie Demokratie, Diversität und Toleranz einzusetzen. Dabei könne man sich für etwas Positives engagieren, statt lediglich gegen das Erstarken von Pegida oder AfD zu demonstrieren.

Die Arbeit der ehrenamtlichen Flüchtlingsbegleitung ist angesichts der großen Herausforderungen sehr wertvoll: Ehrenamtliche Mitarbeiter kümmern sich bei Problemen in den Unterkünften, stellen die Verbindung zur Außenwelt her und begleiten die Flüchtlinge beim Anhörungsprozess. Kostenlose Rechtsberatung bietet beispielsweise die Refugee Law Clinic Munich, die Studenten der Ludwig-Maximilians-Universität in München gegründet haben.

Das tatkräftige Anpacken von so vielen Freiwilligen ist eine deutsche Erfolgsgeschichte, die kaum genug gewürdigt werden kann. Damit diese Erfolgsgeschichte weitergeht, benötigen die Helfer auch künftig Anerkennung und konsequente Unterstützung.



**„Flüchtlingshilfe ist kein Streichelzoo.“**

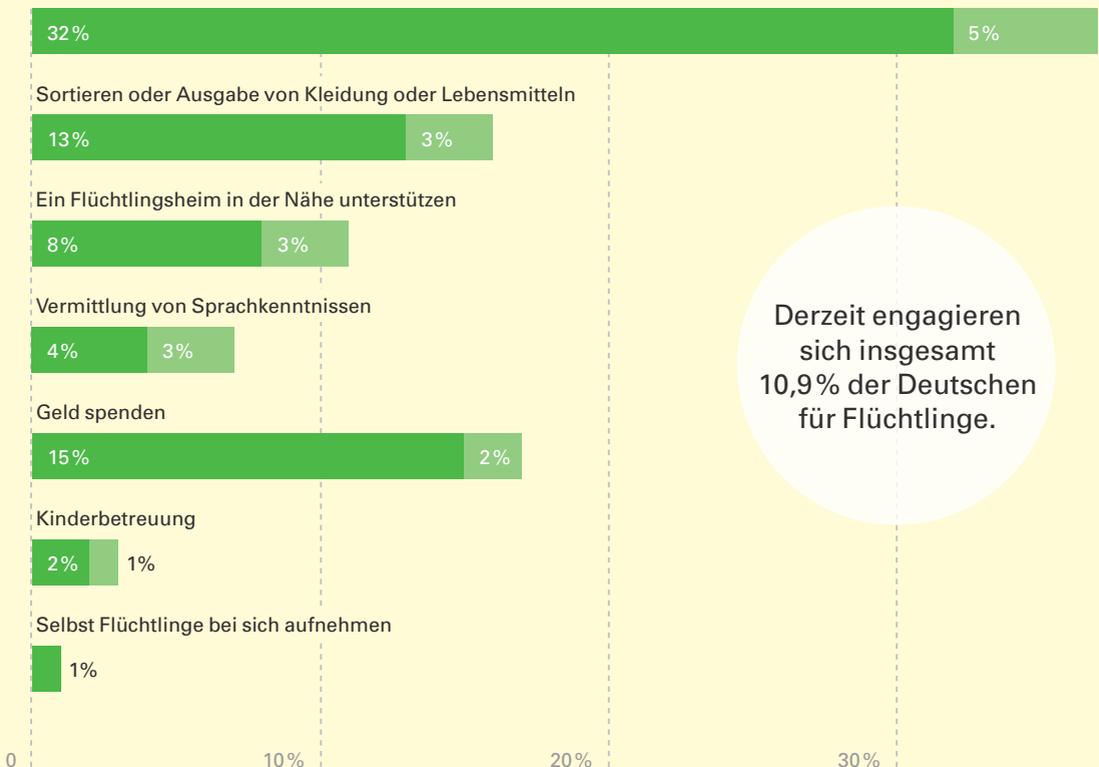
Marina Lessig  
Philosophin und Flüchtlingshelferin im  
Verein „Münchner Freiwillige – Wir helfen  
e.V.“

## Spenden dominieren

Verglichen mit anderen sozialen Bereichen ist das Engagement in der Flüchtlingshilfe sehr hoch. 10,9 Prozent der Deutschen – so das Ergebnis einer Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) – gaben an, sich für Schutzsuchende einzusetzen. Sach- und Geldspenden stehen im Mittelpunkt der Hilfe. Bei den ehrenamtlichen Tätigkeiten liegen die Kleider- oder Essensausgabe ganz vorne. Dahinter folgt das Engagement bei der Vermittlung von Sprachkenntnissen oder bei der Kinderbetreuung.

### Wie setzen Sie sich für Schutzsuchende ein?

#### Sachspenden leisten



Derzeit engagieren  
sich insgesamt  
10,9% der Deutschen  
für Flüchtlinge.

- habe ich schon gemacht
- mach ich gerade

# Dialogforen 2017

## People on the move – vorwärts, seitwärts, zurück?

### Programm

Donnerstag  
26. Januar 2017  
19:00 Uhr

#### **Migration – letzter Ausweg oder Strategie?**

**Nizaqete Bislimi**  
Rechtsanwältin für  
Ausländer- und Asylrecht  
und Vorsitzende des  
Bundesverbands der Roma

**Kilian Kleinschmidt**  
Buchautor, ehemaliger  
Leiter des UNHCR-  
Flüchtlingslagers Zaatari

**Dr. Reiner Klingholz**  
Vorstand des Berlin-  
Instituts für Bevölkerung  
und Entwicklung

**Sophia Wirsching**  
Referentin Migration und  
Entwicklung im Referat  
Menschenrechte und  
Frieden, Brot für die Welt

Donnerstag  
16. Februar 2017  
19:00 Uhr

#### **Migrationspolitik – zwischen Freizügigkeit und Grenzen der Mitmenschlichkeit**

**Prof. Petra Bendel**  
Akademische Direktorin  
des Zentralinstitutes  
für Regionenforschung,  
Friedrich-Alexander-  
Universität Erlangen-  
Nürnberg

**Matthias Oel**  
Direktor „Migrations-und  
Sicherheitsfonds“,  
Generaldirektion Migration  
und Inneres in der  
EU-Kommission

**Ursula Gräfin Praschma**  
Abteilungspräsidentin  
„Internationale Aufgaben,  
Asylverfahren und  
Migration“, Bundesamt für  
Migration und Flüchtlinge

Mittwoch  
1. März 2017  
19:00 Uhr

#### **Umwelt- und Klimaveränderungen – wenn Heimat für immer verloren ist**

**Prof. Frank Biermann**  
Professor of Global  
Sustainability Governance,  
Utrecht University

**Stefan Rebmann**  
Entwicklungspolitischer  
Sprecher der SPD-Bundes-  
tagsfraktion

**Dr. Koko Warner**  
Klima- und Migrations-  
expertin, UNFCCC

Die Dialogforen 2017 wurden in Kooperation mit dem Institut für Gesellschaftspolitik (IGP) an der Hochschule für Philosophie München und dem Strascheg Center for Entrepreneurship an der Hochschule für angewandte Wissenschaften München durchgeführt.

---

Dienstag  
4. April 2017  
19:00 Uhr

**Integration –  
Win-win für alle!**

**Jürgen Micksch**  
Soziologe, Theologe,  
Mitbegründer und  
langjähriger Vorsitzender  
von PRO ASYL

**Prof. Jochen Oltmer**  
Professor am Institut für  
Migrationsforschung  
und Interkulturelle Studien,  
Universität Osnabrück

**Claudia Stamm**  
Abgeordnete des  
Bayerischen Landtags

---

Mittwoch  
10. Mai 2017  
19:00 Uhr

**Freiwilliges Engagement –  
Hilfe, die ankommt?**

**Günter Burkhardt**  
Geschäftsführer von  
PRO ASYL

**Dr. Markus Gruber**  
Ministerialdirektor für Asyl,  
Integration und Zuwande-  
rung im Bayerischen  
Sozialministerium

**Marina Lessig**  
Philosophin und Flücht-  
lingshelferin im Verein  
„Münchner Freiwillige –  
Wir helfen e.V.“

---

Dienstag  
16. Mai 2017  
18:30 Uhr

**Dialogforum spezial  
für Studenten, Schüler und  
Auszubildende**

**Flüchtlingsengagement:  
Hilfe, die ankommt?**

**Adnan Albash**  
Geflüchteter Student  
aus Syrien

**Christina Kamm**  
MdL, Integrationspolitische  
Sprecherin,  
Bündnis 90/Die Grünen

**Dolores Sarancic**  
Vorstandsvorsitzende,  
Refugee Law Clinic Munich

**Christian Stegmüller**  
Politischer Referent der  
SchlaU-Schule München

---

Moderatoren der  
Dialogforen:

**Prof. Johannes Wallacher**  
Präsident der Hochschule  
für Philosophie München

**Michael Schöpf SJ**  
Leiter des Instituts für  
Gesellschaftspolitik (IGP)  
am der Hochschule für  
Philosophie München

**Prof. Michael Reder**  
Professor für Praktische  
Philosophie an der  
Hochschule für Philosophie  
München

© 2017

Münchener Rück Stiftung  
Königinstraße 107  
80802 München

Telefon +49 (0) 89/38 91-88 88  
Telefax +49 (0) 89/38 91-7 88 88  
info@munichre-foundation.org  
www.munichre-foundation.org

Briefe: 80791 München

Bestellnummer  
302-09057

Redaktion  
Martina Mayerhofer,  
Christian Barthelt,  
Thomas Loster,  
Sarah Stingl  
Münchener Rück Stiftung  
Andreas Schuck, München

Gestaltung  
Keller Maurer Design, München

Bildnachweis  
Oliver Jung, München  
Seiten 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16,  
18, 20

Quellen  
Taz.de (2016): Die Verteilung von  
Flüchtlings nach Zielländern,  
Aufnahme absolut und nach  
Bevölkerungsanteil. TinyURL:  
<https://tinyurl.com/zrnpedb>  
Seite 3

International Organization  
for Migration (IOM), Missing  
Migrants Project (2016):  
Mediterranean migrant arrivals  
reach 358,403; Official deaths  
at sea: 4,913. TinyURL:  
<https://tinyurl.com/ycjy6cgt>  
Seite 5

Eurostat (2016): Anzahl der  
Asylbewerber (aus Drittstaaten)  
in den Mitgliedstaaten der EU-28,  
2014 und 2015 (Erstmalige Asyl-  
bewerber in Tsd.). TinyURL:  
<https://tinyurl.com/yblwoc38>  
Seite 7

Bundeszentrum für politische  
Bildung (2015): Deutsche Bevöl-  
kerung schrumpft und altert trotz  
Zuwanderung. TinyURL:  
<https://tinyurl.com/yckk88yq>  
Seite 9

Pro Asyl (2016): Überblick:  
Fakten, Zahlen und Argumente.  
TinyURL:  
<https://tinyurl.com/y86q2y8c>  
Seite 11

Eigene Darstellung nach Koko  
Warner (2017)  
Seite 13

GfK Verein (2015): Challenges of  
Nations. TinyURL:  
<https://tinyurl.com/y7zxmh78>  
Seite 15

Eigene Darstellung (2017)  
Seite 17

Institut für Arbeitsmarkt- und  
Berufsforschung (IAB) (2016):  
Eine vorläufige Bilanz der Flücht-  
migration nach Deutschland.  
TinyURL:  
<https://tinyurl.com/y7z45dze>  
Seite 19

Die Welt (2015): Deutsche helfen,  
haben aber auch Angst, nach  
einer Umfrage des Sozialwissen-  
schaftlichen Instituts der Evange-  
lischen Kirche in Deutschland  
(EKD), TinyURL:  
<https://tinyurl.com/y76f9seg>  
Seite 21

Abrufdatum der verwendeten  
Webseiten: August 2017



Münchener Rück Stiftung  
Königinstraße 107  
80802 München

Telefon +49 (0)89/38 91-88 88  
Telefax +49 (0)89/38 91-7 88 88  
info@munchre-foundation.org  
www.munchre-foundation.org

Briefe: 80791 München

